



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Innen- und Rechtsausschuss**

19. Wahlperiode - 3. Sitzung

am Mittwoch, dem 14. Juni 2017, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Abg. Barbara Ostmeier (CDU)

Vorsitzende

Abg. Dr. Axel Bernstein (CDU)

Abg. Peter Lehnert (CDU)

Abg. Petra Nicolaisen (CDU)

Abg. Dr. Kai Dolgner (SPD)

Abg. Stefan Weber (SPD)

Abg. Kathrin Wagner-Bockey (SPD)

Abg. Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abg. Kay Richert (FDP)

Abg. Claus Schaffer (AfD)

Abg. Lars Harms (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Özlem Ünsal (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsbeschwerde gegen § 180 a des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für Schleswig-Holstein und gegen § 15 Absatz 5 Satz 4 Telemediengesetz</b>	<b>4</b>
Schreiben des Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 26. April 2017 - Az. 1 BvR 1732/14 <a href="#">Umdruck 18/7615</a>	
<b>2. Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht des Abg. Dr. Breyer (Piratenfraktion) wegen Organstreitverfahren aufgrund des Wortentzugs in der 140. Sitzung des Landtages</b>	<b>6</b>
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 23. März 2017 - Az. LVerfG 4/17 <a href="#">Umdruck 18/7614</a>	
<b>3. Stellungnahme in dem Organstreitverfahren vor dem Landesverfassungsgericht des CDU-Landesverbands Schleswig-Holstein gegen den Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten wegen regierungsamtlicher Wahlwerbung</b>	<b>7</b>
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 7. April 2017 - Az. LVerfG 5/17 <a href="#">Umdruck 18/7608</a>	
<b>4. Stellungnahme in dem Organstreitverfahren vor dem Landesverfassungsgericht des CDU-Landesverbands Schleswig-Holstein gegen die Ministerin für Schule und Berufsbildung wegen regierungsamtlicher Wahlwerbung</b>	<b>8</b>
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 7. April 2017 - Az. LVerfG 6/17 <a href="#">Umdruck 18/7609</a>	
<b>5. Sitzungstermine 2017</b>	<b>9</b>
<a href="#">Umdruck 19/1</a>	
<b>6. Verschiedenes</b>	

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht  
betr. Verfassungsbeschwerde gegen § 180 a des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für Schleswig-Holstein und gegen § 15 Absatz 5 Satz 4  
Telemediengesetz**

Schreiben des Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 26. April 2017 - Az. 1 BvR 1732/14  
hierzu: [Umdruck 18/7615](#)

Abg. Dr. Dolgner erinnert daran, dass die beklagte Norm des allgemeinen Verwaltungsgesetzes in der vergangenen Wahlperiode vom Landtag mit breiter Mehrheit geändert worden sei. Der Landtag solle daher eine Stellungnahme abgeben, in der zum Ausdruck gebracht werde, dass die Klage zurückzuweisen sei.

Abg. Peters schließt sich den Ausführungen des Abg. Dr. Dolgner an. Der Landtag müsse sich zu dieser Frage positionieren.

Frau Dr. Detering, stellvertretende Leiterin der Polizeiabteilung im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten, berichtet, die Staatskanzlei habe vom Bundesverfassungsgericht ebenfalls eine Aufforderung zur Übersendung einer Stellungnahme erhalten. Sie spreche sich aus fachlicher Sicht dafür aus, dass die Landesregierung eine Stellungnahme abgebe, in der zum Ausdruck gebracht werde, dass die beklagte Norm des allgemeinen Verwaltungsgesetzes nicht verfassungswidrig sei. Jedoch stehe hierzu noch die Kabinettsbefassung aus.

Einstimmig kommt der Ausschuss überein, dem Landtag zu empfehlen, in dem Verfahren eine Stellungnahme abzugeben, in der zum Ausdruck gebracht wird, dass die Klage zurückzuweisen sei, sowie den Präsidenten des Landtages zu bitten, eine Verfahrensbevollmächtigte oder einen Verfahrensbevollmächtigten zu beauftragen.

Ferner empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig zu beschließen, dass die Stellungnahme gegebenenfalls gemeinsam mit der Landesregierung abgegeben werden kann.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht des Abg. Dr. Breyer (Piratenfraktion) wegen Organstreitverfahren aufgrund des Wortentzugs in der 140. Sitzung des Landtages**

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 23. März 2017 - Az. LVerfG 4/17

[Umdruck 18/7614](#)

Nach kurzer Aussprache kommt der Ausschuss einstimmig überein, dem Landtag zu empfehlen, dem Verfahren nicht beizutreten und keine Stellungnahme abzugeben.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Stellungnahme in dem Organstreitverfahren vor dem Landesverfassungsgericht des CDU-Landesverbands Schleswig-Holstein gegen den Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten wegen regierungsamtlicher Wahlwerbung**

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 7. April 2017 - Az. LVerfG 5/17

[Umdruck 18/7608](#)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Verfahren nicht beizutreten und keine Stellungnahme abzugeben.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Stellungnahme in dem Organstreitverfahren vor dem Landesverfassungsgericht des CDU-Landesverbands Schleswig-Holstein gegen die Ministerin für Schule und Berufsbildung wegen regierungsamtlicher Wahlwerbung**

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 7. April 2017 - Az. LVerfG 6/17

[Umdruck 18/7609](#)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Verfahren nicht beizutreten und keine Stellungnahme abzugeben.



Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Sitzungstermine 2017**

[Umdrucke 19/1, 19/4](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss die Sitzungstermine bis Jahresende, [Umdruck 19/4](#).

Ferner beschließt der Ausschuss einstimmig bei Enthaltung der FDP, am 21. Juni 2017, 14 Uhr, zum Aktenvorlagebegehren der Fraktion der SPD bezüglich der in den Medien erhobenen Vorwürfe gegen Behörden des Landes im Zusammenhang mit den Ermittlungstätigkeiten gegen die Rockerkriminalität (vertraulicher Umdruck 19/5) zu tagen.

Zum Punkt 6 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, schließt die Sitzung um 14:30 Uhr.

gez. Barbara Ostmeier  
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin